

Entscheidung.“ Das lange Schweigen der „weißen“ Kirchen zur Gewalt müsse zur Vorsicht mahnen angesichts der bescheidenen Anstrengungen, sich mit den Opfern der Gewalt zu identifizieren. „Die größte und unvorstellbare Gewalt lauert an jener Wende der Geschichte, wenn eines Tages die Nichtweißen entscheiden, daß es innerhalb der weißen Welt weder Gerechtigkeit noch Mitgefühl, noch Vernunft gibt.“

Diese Feststellung dürfte ins Schwarze treffen. Aber es bleibt eine Frage, ob nicht die Kirchen selber die gebotene Solidarität zuallererst im Aufstand gegen die Unvernunft der politischen Verhältnisse bewähren sollten, unter denen sie leben, und die Rassenunterdrückung betreiben bzw. ihr nicht entgegentreten. Einige Dutzend eingekerkelter Bischöfe, Pfarrer und prominenter Laien könnten unter Umständen den Entrechteten mehr helfen und mehr imponieren als einige Tausend weitgestreuter Dollar, die nur zur Folge haben, daß die Gemeinden den Geldhahn für ökumenische Aktionen so oder so zudrehen, wie es bereits hier und da geschieht.

Die Erklärung von E. C. Blake

Erst nach Abschluß der Generalsynode der VELKD in Eutin, die sich gegen die Rassismuspolitik des Genfer Sekretariats wandte, hat Generalsekretär E. C. Blake zum 9. Oktober 1970 seine Antwort auf den Protest von Landesbischof Dietzfelbinger veröffentlicht (epd, 8. 10. 70). Allerdings bezieht er sich nur auf die oben berichtete Erklärung des Rates der EKD vom 24. September 1970, durch die er sich ermutigt fühle. Er verstehe sie „als ausdrückliches Angebot und als Eröffnung eines Prozesses des gemeinsamen Nachdenkens, Fragens und Handelns“. Er werde Zusammenkünfte mit Vertretern von

Befreiungsbewegungen vermitteln, damit man gemeinsam herausfinden könne, was in der gegenwärtigen explosiven Situation „das von Gott Gebotene“ sei. Zur inkriminierten Entscheidung des Exekutivkomitees in Arnoldshain selber erklärt Blake dasselbe, was bereits *Sjollema* an Dietzfelbinger geantwortet hatte: Er verwies auf die vorangegangenen Entscheidungen von Uppsala und Canterbury. Jedoch fügt Blake einiges hinzu: *Bis* habe der Ökumenische Rat die *Gewaltanwendung* zur Lösung von Konflikten abgelehnt. Aber man müsse sich fragen: „Was sollen die Unterdrückten tun, wenn die Gewalt der weißen Unterdrücker unerträgliche Ausmaße erreicht, und worin besteht unsere Verantwortung in dieser Situation?“ Schon 1964 sei diese Frage auf der Studientagung zu *Mindolo* (Sambia) gestellt worden. „Die Frage der möglichen Gewaltanwendung als einzig verbleibende Alternative stellt sich vielen Christen, die für eine gerechte Lösung kämpfen, mit erneuter Dringlichkeit . . . Wir können also der Frage kirchlicher Unterstützung für unterdrückte Gruppen, die sich gezwungen sehen, Gewalt anzuwenden, eindeutig nicht länger ausweichen . . .“ Der Hinweis darauf, daß es neben dem weißen bereits einen gelben und braunen oder schwarzen Rassismus gebe, könne die Tatsache nicht widerlegen, daß erst die Ursache, nämlich der weiße Rassismus bekämpft werden müsse, um seine Folgen zu mildern oder zu überwinden. Blake bleibt also bei der getroffenen Vorentscheidung und hofft, daß die Fortführung des Gespräches zur Entspannung im Weltkirchenrat führen werde. Das ist nach den Beschlüssen der VELKD nicht mehr anzunehmen. Vielmehr wird nun erst recht die Polarisierung beginnen und sich vor allem in den Vereinigten Staaten bemerkbar machen. Damit gerät der Ökumenische Rat der Kirchen in eine Krise.

Länderbericht

Aufstieg und Fall der Christlichen Demokratie in Chile

Bei den Wahlen vom 4. September 1970 landete der Kandidat der Partei des bisherigen christlich-demokratischen Präsidenten *Eduardo Frei Montalva*, *Radomiro Tomic Romero* (mit 27,64% der Stimmen), abgeschlagen auf dem dritten Platz, während der Kandidat der linken Volksfront (*Unidad Popular*), *Salvador Allende Gossens* (36,3%), knapp den ersten Platz vor dem Kandidaten der Rechten, *Arturo Alessandri Palma* (34,98%), erreichen konnte. Nach der chilenischen Verfassung mußte der Kongreß am 24. Oktober mit absoluter Mehrheit den neuen Präsidenten unter den zwei stimmstärksten Kandidaten des ersten Wahlganges wählen, zwischen Allende und Alessandri. Der christlich-demokratische Kandidat Tomic schied von vornherein aus.

Diese Wahl hat *historische Bedeutung*. Es war zu erwarten, daß nach der bisherigen Tradition der Kongreß den Kandidaten mit den meisten Stimmen wählen wird, also den Sozialisten Allende. Das hat allerdings zu bedeuten, daß Chile als erstes Land der Welt einen demokratisch gewählten revolutionär-marxistischen Präsidenten bekommt. Es ist unwahrscheinlich, daß die neue Volksfront, wie ihre

Vorgängerin von 1938—1940, die liberal-kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht antasten wird. Eine Regierung Allende, in der die kommunistische Partei einen maßgeblichen Einfluß ausüben wird, wird versuchen, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in Richtung auf ein sozialistisches Regime hin zu transformieren. Dies wird nicht ohne ernste innere Auseinandersetzungen abgehen, da die chilenische Oberschicht ihre bisher über alle politischen Wirren hinweg geretteten sozialen und wirtschaftlichen Machtpositionen erbittert verteidigen wird.

Die Republik der liberalen Oligarchen

In dieser Konstellation ist darum ein *Militärputsch* nicht auszuschließen, zumal schon das Jahr 1969 von Putschgerüchten der bisher als traditionell verfassungstreuen Streitkräfte erfüllt war. Am Ende dieses Prozesses könnte sehr wohl eine linksgerichtete Militärdiktatur nach dem Muster Perus wie eine rechtsgerichtete nach dem Muster Argentiniens oder Brasiliens stehen.

Die *innenpolitische Entwicklung* Chiles nach der Unabhängigkeitserklärung unterscheidet sich in mancher Hinsicht von dem im übrigen spanischsprachigen Lateinamerika einsetzenden Prozeß. Zwar war auch in Chile die Revolte gegen das spanische Kolonialsystem von der herrschenden, landbesitzenden Oberschicht getragen und blieb auch die übrige Bevölkerung von der politischen Macht und vom wirtschaftlichen Reichtum ausgeschlossen. Aber in ihrer sozialen Verhaltensweise unterschied sich die chilenische Aristokratie erheblich von der der anderen Länder, sie war von Anfang an offen für neue aufstrebende Familien. So akzeptierten die alten landbesitzenden Familien, die von den Konquistadoren abstammten, zu Anfang des 19. Jahrhunderts die vorwiegend aus baskischen Einwanderern bestehende Gruppe der neuen Unternehmer und Geschäftsleute. Der für andere Länder typische Gegensatz zwischen Großgrundbesitzern und städtischen Kaufleuten fand in Chile keine Parallele, vielmehr entwickelte sich eine aristokratisch-großbürgerliche Oberschicht. Später wurden die irischen, schottischen, französischen und vor allem deutschen Einwanderer, soweit sie geschäftlichen Erfolg hatten, ebenso in die Oberschicht integriert wie noch später die unter osteuropäischen und italienischen und zum Teil auch libanesischen Einwanderern zu Vermögen gekommenen Familien. Diese Permeabilität der Oberschicht, d. h. die Fähigkeit, neue Eliten zu integrieren, war konstitutiv für die in Chile im Vergleich zum übrigen Lateinamerika früh einsetzende Modernisierung, gleichzeitig aber erklärt dies auch die hohe Stabilität der Herrschaft, da die Unterschicht auf diese Weise ihrer natürlichen Führer jeweils beraubt wurde. Auch die zu Ende des letzten Jahrhunderts entstehenden Mittelschichten wurden bewußtseinsmäßig an die Oberschicht assimiliert, da ihren tüchtigsten Vertretern der Aufstieg offenstand. Potentiell hätte die chilenische Gesellschaft den gleichen Weg nehmen können wie die nordamerikanische. Daß der Weg seit 100 Jahren in eine andere Richtung ging, hängt mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Vorhandene Ansätze zu einer internen und produktiven Industrialisierung scheiterten am engen internen Markt und der geographischen Randlage. Der große Reichtum, der über das Land mit der Nutzbarmachung seiner Rohstoffschätze, zuerst des Salpeters und dann des Kupfers kam, war letztlich kein Segen, weil er die vorhandenen unternehmerischen Ansätze lähmte und sich in einer auch die neuen Mittelschichten erfassenden Pfründner- und Rentnergesinnung niederschlug (*A. Pinto, Chile, un caso de desarrollo frustrado, Santiago* 1962). Der durch die Rohstoffgewinnung geschaffene Reichtum, der von einem relativ kleinen Teil der Bevölkerung erarbeitet wird, wurde zunächst fast ausschließlich zur Konsumsteigerung der Oberschicht und Mittelschicht verwandt, Handel und Dienstleistungen nahmen einen unverhältnismäßigen Aufschwung. Später wird dann ein großer Teil der Einkünfte zur Schaffung von Pfründen für die jeweilige politische und persönliche Klientel verwandt, der Anteil öffentlicher Bediensteter sowie der in Dienstleistungsberufen Beschäftigten ist außergewöhnlich hoch. Die gerade in den letzten Jahrzehnten immer schneller wachsende Unterschicht bekam nur einen kleinen Teil dieses Reichtums ab und kann überwiegend keine wirklich produktive und hinreichend bezahlte Arbeit finden. Das Ausmaß der Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit in Chile ist seit vielen Jahren erschreckend. Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten des Landes reißen seit Be-

ginn des Jahrhunderts nicht mehr ab. Um 1900 hätte man Chile im Vergleich zu Europa und den USA kaum als unterentwickeltes Land bezeichnen können, der heutige Rückstand, der sich im übrigen keineswegs auf alle Sektoren der Wirtschaft und Gesellschaft erstreckt, ist verursacht durch die Vergeudung des potentiell vorhandenen Reichtums, er hat seine Ursache in der sozio-ökonomischen und politischen Fehlentwicklung.

Innerhalb der Oberschicht des Landes herrschte von Anfang an ein *republikanisches Staatsverständnis*. Zwar billigte man der Exekutive unter dem Präsidenten eine große Machtvollkommenheit zu — was bis heute noch fortwirkt —, aber von Anfang an wurde der Präsident von der Aristokratie nicht nur wirklich gewählt, sondern auch wirksam kontrolliert. Trotz des autoritären Grundcharakters der politischen Herrschaft gab es von Anfang an eine relativ große Toleranz in politischen und religiösen Fragen, später nahm dann auch die Verfassung liberalere Züge an, das Zensuswahlrecht wurde 1873 abgeschafft und von 1891—1924 der in Lateinamerika seltene Versuch der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Kabinetts unternommen. Die politische Entwicklung des Landes kann hier im einzelnen nicht nachgezeichnet werden. Der politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozeß blieb bis etwa 1950 auf zahlenmäßig sehr kleine Kreise der Ober- und Mittelschicht beschränkt. Bis zum Jahr 1949 haben nur etwa 7—8% der Bevölkerung an den politischen Wahlen teilgenommen, der Großteil dieser Wähler war durch Klientel- und sonstige Abhängigkeitsverhältnisse an den kleinen Kreis der wirklichen Herrschaftsinhaber gebunden. Die Oligarchie war bis vor wenigen Jahren fest im Besitz der wirtschaftlichen und politischen Macht. Im Grunde genommen gab es nur einmal einen ernsthaften, allerdings mit völlig unzulänglichen Mitteln unternommenen Versuch, die oligarchische Herrschaft zu stürzen, nämlich den der vom 4. bis zum 16. Juni 1932 währenden „Sozialistischen Republik“.

Der These von der ungebrochenen Herrschaft der Oligarchie scheint das breite ideologische und programmatische Spektrum der chilenischen Parteien seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu widersprechen. Man muß aber zwischen Reden und Taten hier deutlich unterscheiden. Keine Parlamentsmehrheit und keine Regierung, auch nicht die „Volksfront“ 1938—40 hat einen ernsthaften Versuch unternommen, die Lage der Besitzlosen, der campesinos und der nichtqualifizierten Arbeiterschaft, wirklich zu bessern und diese Schicht am politischen Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Liberale, radikale, sozialistische und kommunitäre Programme blieben auf dem Papier, auch wenn ihre Autoren an der Macht waren. Die sozialpolitische Gesetzgebung des Landes war keineswegs auf die Breite der unterprivilegierten Bevölkerung ausgerichtet, sondern kam vorwiegend den Mittelschichten und einigen kleinen und begrenzten Sektoren der Arbeiterschaft zugute. Sie erzeugte im Grunde genommen neue Privilegien, anstatt der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit zu dienen. Das Bildungssystem blieb klassenbezogen, die parlamentarischen Mandate, die Verwaltung und die Parteispitzen blieben in der Hand der Oberschicht. Der Kampf um Ideologien und Programme blieb im Grunde genommen ein *Spiel oligarchischer Kreise und Cliques*, der Wille zur tiefgreifenden Veränderung der Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen fehlte. Davon machten nur zwei Parteien eine beschränkte Ausnahme. Die kommunistische Partei hatte

und hat ihre Basis bei den organisierten Bergleuten und Industriearbeitern. Aber einmal ist dieser Sektor in vielfacher Weise gegenüber der Masse der Unterschicht privilegiert, und zum zweiten nützten die Kommunisten den Einfluß, den sie zeitweilig von 1938 bis zu ihrem neuerlichen Verbot im Jahre 1948 unter dem von ihnen ursprünglich unterstützten Präsidenten *Gonzalez Videla* hatten, im wesentlichen zur Ämterpatronage. So wurden sie der Oligarchie nicht eigentlich gefährlich. Die marxistischen, anarchistischen und trotzkistischen Sozialisten rekrutierten sich im Kern aus Dissidenten der Oberschicht und „sozial engagierten Arrivierten“ (*W. Lechner, Der Demokratisierungsprozeß in Chile, Diss. Freiburg i. Br. 1969, S. 91*), d. h. aus Intellektuellen, die, aus unterprivilegierten Schichten stammend, den Sozialismus vertraten, weil sie durch die Gesellschaftsstrukturen behindert wurden, eine angemessene Stellung einzunehmen, oder weil sie die an sich selbst erfahrene Ungleichheit beseitigen wollten. Lange Zeit standen sie in einer erbitterten Feindschaft zu den Kommunisten, und überdies erlitten sie fortwährende Spaltungen und Richtungskämpfe, so daß sie ebenfalls keine wirksame Bedrohung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse darstellten. Einschließlich der jüngsten Präsidentschaftswahlen sind alle ernst zu nehmenden Kandidaten für dieses Amt immer der Oberschicht nach Herkunft oder Zugehörigkeit zuzurechnen, das gilt auch für den christlich-demokratischen Kandidaten Radomiro Tomic und den siegreichen sozialistischen Kandidaten Salvador Allende Gossens. Seiner Herkunft, seinem Beruf als Arzt und seinem Vermögen nach ist auch der letztere eindeutig der Oberschicht zuzurechnen (*F. Gil, Charles J. Parrish, The Chilean Presidential Election of Sept. 4th, 1964, ICOPS Washington 1965, S. 24*).

Wachsende Bevölkerungszahlen, der Einfluß von Bildung und Massenmedien, die unlösbaren sozio-ökonomischen Probleme haben zu einem wachsenden Druck der Unterschichten geführt, dem eine rapide Desintegration und Führungsunfähigkeit der herrschenden Kreise gegenüberstand. Den zunehmenden sozialen Konflikt versuchte die herrschende Klasse dadurch zu domestizieren, daß sie durch eine erweiterte politische Teilnahme der Bevölkerung am Wahlprozeß diese in das bestehende Herrschaftssystem zwar einbezog, gleichzeitig aber ihre Führungskader in die herrschende Schicht zu integrieren hoffte (*Lechner, a. a. O., 77*). Tatsächlich gab sie aber damit diesen die Möglichkeit zur Organisierung und Ideologisierung und löste damit die Eigendynamik der politischen Partizipation aus, die, auf den Abbau von Privilegien gerichtet, das bisherige Herrschaftssystem in Frage stellt. Seit den fünfziger Jahren ist so ein Prozeß bewußter und eigenständiger politischer Teilnahme der besitzlosen Landbevölkerung und der rapid wachsenden städtischen Unterschichten zu beobachten. Die politische und organisatorische Schlagkraft der Land- und Industriearbeiter sowie der städtischen Slumbewohner (*pobladores*, d. i. Bewohner der großstädtischen Massenquartiere) nimmt erheblich zu. Ihr schließen sich Intellektuelle und Angestellte an, die sich nicht mehr an den Wertvorstellungen der Oberschicht orientieren und damit nicht mehr assimilierungsfähig sind. Außeres Zeichen hierfür ist die starke Zunahme der zum Teil durch Wahlrechtsänderungen ermöglichten Wahlbeteiligung. Während 1938 sich an den Präsidentschaftswahlen noch 443 888 Wähler beteiligten, waren es 1964 2 530 697, 1970 2 962 743. Zwar ist nach wie vor etwa ein Viertel der volljährigen Bürger Chiles als

Analphabeten vom Wahlrecht ausgeschlossen, jedoch hat der Rest sich in zunehmendem Maße in das Wahlregister eingetragen. 1950 waren erst 29% der Wahlberechtigten registriert, 1967 waren es 84%, die Wahlbeteiligung der Eingeschriebenen erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 1964 86,8%. Seit den sechziger Jahren ist zumindest im Abgeordnetenhaus die Begrenzung auf die Zugehörigkeit zur herrschenden Oberschicht durchbrochen. All dies bedeutete zwar nicht einen Verlust der bisherigen Machtstellung der Oberschicht — dazu war ihre Stellung in Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu festgefügt —, aber doch eine tiefgreifende Erschütterung. Der Durchbruch zu einer wirklichen Demokratisierung der politischen Struktur Chiles stand bevor. Dies war die Stunde der Christlichen Demokraten.

Der Versuch der „Revolution in Freiheit“

In Chile kam es früher als in anderen lateinamerikanischen Ländern zur Bildung einer um die soziale Frage besorgten reformkatholischen Gruppe (*Pater Hurtado u. a.*), der Einfluß des katholischen Sozialphilosophen *J. Maritain* war unter den jungen Führern dieser Gruppe außerordentlich lebendig (vgl. *Christliche Demokratie in Lateinamerika, Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 86 ff. P. Molt, Zur Programmatik der Christlichen Demokratie in Lateinamerika, in: Civitas Bd. V, Mannheim 1966; ders., Christliche Demokratie in Lateinamerika im gleichlautenden Sammelband, Schriftenreihe des Instituts für internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 10, Mainz 1970, S. 11 ff.*, dort neueste Literaturangaben). Man sammelte sich zunächst in der 1935 gegründeten konservativen Jugendorganisation unter Führung von *E. Frei, B. Leighton, R. Tomic* und *R. Gumucio*, Namen, die die Regierungsperiode 1964—70 bestimmten. Zunächst handelte es sich jedoch um eine kleine Gruppe mit sozialem Engagement, die trotz ihrer Zugehörigkeit zur Mittelschicht und ihrer teilweise verwandtschaftlichen Verbindungen zu Familien der Oberschicht wegen ihrer Kritik an der sozialen Verantwortungslosigkeit der konservativen Führer in Gegensatz zu diesen gerieten. Als die Konservative Partei im Präsidentschaftswahlkampf 1938 die Klasseninteressen über den alten katholisch-laizistischen Gegensatz stellte und beschloß, den Präsidentschaftskandidaten der Liberalen Partei zu unterstützen, kam es zum Bruch, die konservative Jugendorganisation konstituierte sich als eigene Partei unter dem Namen „*Falange Nacional*“ und unterstützte den Kandidaten der Volksfront, den gemäßigten Radikalen *Aguirre Cerda*. Dieser siegte knapp, die Schuld daran gab die Rechte den „*Abtrünnigen*“ der *Falange*, wodurch die Beziehungen zwischen den aus dieser Partei hervorgehenden „*Christlichen Demokraten*“ und den Konservativen bis zum heutigen Tage belastet wurden.

In den ersten zwei Jahrzehnten ihres Wirkens gewann die *Falange* keinen nennenswerten Massenanhang, bei den Parlamentswahlen errang sie bis zu 4% der Stimmen. Es ist ihr jedoch gelungen, den Eindruck von moralischer Qualität, fachlicher Qualifikation und politischer Verantwortlichkeit in der Öffentlichkeit zu erwecken. Durch die Abspaltung des gemäßigten Flügels der Konservativen Partei 1957 und seine Vereinigung mit der *Falange* zur Christlich-Demokratischen Partei Chiles (PDC) kann sie erstmals bei den Parlamentswahlen 1957 sich als maßgebliche politische Kraft mit 9,4% der Stimmen profilieren.

In diesem Jahr hatten die Enttäuschung über die kraftlose Regierung des Präsidenten Ibañez (1952—58) und die Ergebnislosigkeit der vorhergehenden Mitte-Links-Regierungen (Rios und Gonzalez Videla) einerseits, die unge lösten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme des Landes andererseits dazu geführt, daß weite Teile der Mittelschichten zur politischen Umorientierung bereit waren und sich größere Teile der Unterschicht zum erstenmal politisch engagierten. Die Einsicht, daß es so wie bisher nicht mehr weitergehe, gewann an Boden. In dieser Situation versuchte die Rechte das seit 1938 verlorengegangene Terrain wiederzugewinnen, indem sie mit *Arturo Alessandri Palma* (Sohn des Reformpräsidenten Jorge Alessandri 1920—25, 1932—38) den Träger eines berühmten Namens und zudem einen unabhängigen und integren Mann aufstellte. Die Linke hatte sich zum erstenmal seit Jahren geeinigt und versuchte den Erfolg der alten Volksfront nunmehr unter dem Sozialisten Salvador Allende zu wiederholen. Die PDC präsentierte sich als neue Kraft, als 3. Weg zwischen kapitalistischer Rechten und marxistischer Linken. Ihr Kandidat Eduardo Frei errang überraschend 20,7% der Stimmen, was bedeutet, daß der Kandidat der FRAP (Frente de Accion Popular, dt. Volksaktionsfront) beinahe gewonnen hätte. Allende erhielt mit 28,9% der abgegebenen Stimmen nur 2,7% oder 33 500 Stimmen weniger als der siegreiche Alessandri, der der Tradition entsprechend vom Kongreß anschließend gewählt wird. Die Regierung Alessandri 1958—64 war farblos und in ihren Bemühungen um eine Besserung der Wirtschaftssituation und der sozialen Verhältnisse nicht überzeugend. Alessandri selbst ist zwar hochangesehen, aber es gelang ihm nicht, gegenüber der mehr und mehr emanzipierten Unterschicht den Beweis zu erbringen, daß die Rechte bereit und fähig war, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes in den Griff zu bekommen. Der Unmut über die rechtsgerichteten und bürgerlichen Politiker und Parteien greift mehr und mehr um sich, vor allem auch im intellektuellen Mittelstand, bei den Staatsangestellten und im jüngeren Offizierskorps. Für die Unzufriedenen, und das ist nach den Wahlergebnissen von 1958, die durch die folgenden Parlamentswahlen bestätigt werden, bereits die Mehrheit der Wähler, stellten sich nur noch zwei Möglichkeiten: der Marxismus oder die neue *Dritte Kraft* der Christlichen Demokratie. Vergewärtigt man sich diese Stimmung im Lande und den knappen Wahlausgang von 1958, so konnten im Präsidentschaftswahlkampf 1964 dem Kandidaten der Rechten keine großen Chancen mehr eingeräumt werden. Zudem hatte die Rechte keinen zugkräftigen Kandidaten. Die dringend benötigte Unterstützung des rechten Flügels der Radikalen Partei konnte nur gewonnen werden, wenn man ihrem Führer, dem Senator *J. Durán Neuman*, die Kandidatur anbot. Diese Kandidatur eines laizistischen, freimaurerischen Politikers mußte aber bei traditionell katholischen Wählern auf große Vorbehalte stoßen. Eine Parlamentsnachwahl in der traditionell rechtswählenden Provinz Curico im März 1964 wurde von allen Gruppierungen als Testwahl deklariert, der Sieg des Kandidaten der FRAP besiegelte das Schicksal Duráns, nunmehr gab es nur noch eine Alternative: Sieg des marxistischen Volksfrontkandidaten Allende oder des Christdemokraten Frei, der mit dem genialen Slogan „Revolution in Freiheit“ tiefgreifende soziale und wirtschaftliche und politische Reformen unter Wahrung der demokratischen freiheitlichen Verfassung versprach. Die Rechte distanzierte

sich schließlich von Durán und unterstützte Frei als das geringere Übel. Sein überwältigender Wahlsieg am 4. 9. 64 — er erhielt bei einer extrem hohen Wahlbeteiligung 56,1% der Stimmen gegenüber 38,9% für Allende — ist nachträglich zum Teil der Unterstützung nordamerikanischer und europäischer christlich-demokratischer Kreise zugeschrieben worden. Damit mag es stehen wie es will, das Ergebnis entspricht doch in erster Linie der damaligen innenpolitischen Lage. Richtig ist, daß die Höhe des Freischen Wahlsiegs auf den Zustrom der Stimmen der Rechten zurückzuführen war, aber Frei konnte sich doch hauptsächlich auf eine Mehrheit der Wähler stützen, die originär christlich-demokratisch wählten. Das bewiesen die nachfolgenden Parlamentswahlen im März 1965, bei denen die PDC 44,6% der abgegebenen Stimmen erhielt.

Die Leistungen der Präsidentschaft Frei

E. Frei hatte ein umfassendes Programm der inneren Reformen in seiner Wahlkampagne vorgelegt, das in seiner fachlichen Gediegenheit und Systematik sicher ein einmaliges Beispiel für verantwortliche politische Führung in Lateinamerika darstellt. Seine Problematik lag jedoch vielleicht gerade darin, daß es zu sachlich und vernünftig war. Es war auf lange Frist angelegt und nicht auf kurzfristige publikumswirksame Erfolge, und es postulierte als einen der tragenden Grundsätze die absolute Gültigkeit der bestehenden Verfassung. Da jedoch trotz der nachfolgenden Wahlerfolge bei den Parlamentswahlen die PDC nie gleichzeitig über eine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses verfügte (vgl. zur Problematik der chilenischen Wahlgesetzgebung und Verfassung *P. Molt*, Sozialrevolution und Demokratie in Chile, in: Jahrbuch für Verfassung und Verfassungswirklichkeit Köln 1966, S. 150 ff.) und manche der Reformen zudem verfassungsändernde Mehrheiten erforderten, war Frei auf die Zusammenarbeit mit der Rechten oder der Linken angewiesen. Die Regierung Frei stieß auf die vereinte Obstruktion der Rechten und der Linken, die Rechte wollte die „Revolution in Freiheit“ nach bewährtem Muster „zähmen“, die Linke hoffte auf ein Scheitern Freis, um den Weg zur marxistischen Revolution offenzuhalten.

Wenn man diese *negative Koalition der Rechten und der Linken in Rechnung* stellt, dann sind die Erfolge der Regierung Frei beträchtlich (dazu auch *B. Brewer*, Fünf Jahre Christlich-demokratische Regierung in Chile, in: Christliche Demokratie in Lateinamerika, a. a. O., S. 185 ff.). Folgendes sei in Stichworten hier aufgeführt:

1. Das Erziehungswesen Chiles ist heute das fortschrittlichste Lateinamerikas, vor allem ist es gelungen, die marginale Bevölkerung erfolgreich einzubeziehen. Es wurden über 3000 Schulen vor allem auf dem Lande gebaut, die Analphabetenrate ist von 16% auf 10% gesunken, der Schulbesuch um 36,6% gestiegen. Die Erwachsenenbildung hat 500 000 Chilenen erreicht, die Zahl der Studenten ist von 36 000 auf 82 000 erhöht worden, die Berufsausbildung im Rahmen des INACAP ist ein beispielhaftes Modell für die ganze Dritte Welt.
2. Die falsche, sozial ungerechte und unökonomische Grundbesitzstruktur wurde durch die von der Rechten erbittert bekämpfte Agrarreform umgewandelt. Dabei wurde der Mittelbesitz geschont und nur Großgrundbesitz enteignet. In diesem Programm, dessen Verwirklichung länger als eine Amtsperiode dauern mußte, wurden immerhin 3,2 Mill. ha enteignet und 28 000 Familien zu

neuen Grundbesitzern gemacht. Damit verbunden war ein umfangreiches Massenbildungsprogramm und eine tatkräftige Förderung von Genossenschaften. Bemerkenswerterweise wurden dabei sogar Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft erreicht, was bisher wohl bei keiner anderen Agrarreform kurzfristig zu erreichen war.

3. Die Erschließung des Landes durch Verkehrsmittel und Kommunikationsmedien wurde wesentlich vorangetrieben. U. a. wurden 3000 km Straßen asphaltiert, das Netz der Flugplätze und Häfen ausgebaut, das Land durch einen Nachrichtensatelliten besser an das Weltkommunikationssystem angeschlossen und auch entlegene Provinzen mit Telefon und Fernsehstationen versorgt.

4. Der vollständige bzw. mehrheitliche Erwerb der größten Kupferminen Chiles durch gütliche Einigung mit den nordamerikanischen Gesellschaften hat eines der innenpolitisch gefährlichsten Probleme entschärft und dabei doch den Zusammenstoß mit den USA vermieden. Gleichzeitig konnten Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen in diesem wichtigsten Produktionszweig des Landes eingeleitet werden, die bei Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit eine Steigerung von 1969 684 000 Longtons auf 800 000 in den nächsten Jahren ermöglichen hätten.

5. Die *wirtschaftliche Situation* ist, gemessen an der im allgemeinen ungünstigen Wirtschaftsstruktur des Landes, nicht schlecht. Zahlungsbilanz und Devisenreserven sind besser als in den letzten Jahrzehnten. Die wirtschaftliche Situation ist zwar immer noch äußerst problematisch, aber nicht so schlecht, wie die Kritiker der Rechten behaupteten, zumal manche Maßnahmen erst später Früchte tragen können („Neue Zürcher Zeitung“, 3. 8. 70), sofern die politische Entwicklung dies zulassen wird.

6. In der *Sozialpolitik* konnten trotz der geringen zur Verfügung stehenden Mittel große Fortschritte erzielt werden: Das Gesundheitswesen wurde wesentlich verbessert, die allgemeine Sterblichkeit ist von 11% auf 9% gesunken. Die schlimmsten Elendsviertel wurden beseitigt und ca. 400 000 Familien durch den sozialen Wohnungsbau begünstigt. Das Recht und die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisation wurde vor allem auf dem Lande erheblich erweitert.

7. Das Gesetz über die Errichtung von Nachbarschaftsräten brachte zusammen mit der Förderung von 20 000 Sozial- und Mütterzentren sowie von Sportstätten eine bessere Integration der Unterschichten in die Gesellschaft und dynamisiert diese für den Entwicklungsprozeß.

8. Eine *Verfassungsreform*, die allerdings erst am 4. November 1970 zu Beginn der neuen Amtsperiode in Kraft tritt, beschränkt durch die Möglichkeit der Parlamentsauflösung, des Volksentscheids und durch die Beschneidung der Rechte des Kongresses im Bereich der Gesetzgebung und des Haushaltsrechtes (vgl. *D. Nohlen*, Chile vor den Präsidentschaftswahlen, in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Hamburg 29. 8. 70, S. 27) die zukünftigen Obstruktionsmöglichkeiten gegen notwendige Reformen.

Dieser positiven Bilanz stehen negative Posten beträchtlichen Gewichtes gegenüber. Die grundlegende Reform des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges ist nicht gelungen, *Arbeitslosigkeit und Inflation* dauern an, die Mißstände in der Verwaltung, politischen Struktur und Sozialgesetzgebung wurden nicht beseitigt, auch ist die Industrialisierung und die Diversifizierung der Produktion nicht wesentlich vorangekommen. Es gab wichtige Lei-

stungen und Reformen, aber keine Revolution in dem Sinne, daß die Zukunft des Landes mit größerem Optimismus betrachtet werden könnte. Die Anstrengungen und Leistungen der Regierung Frei haben vielmehr erst die Komplexität und das Ausmaß der zu bewältigenden Zukunftsaufgaben deutlich gemacht. Das hat den Ungedulden und den simplifizierenden Ideologen Auftrieb gegeben. Die Hoffnung, die demokratische Staatsführung sei fähig, die anstehenden Probleme zu bewältigen, ist gesunken. Die Verkünder der autoritären Entwicklungsdiktatur rechter oder linker Prägung haben es leichter als vor Jahren. Die demokratischen Reformer sind am Rande der Ermattung, auf jeden Fall nicht mehr so selbstsicher wie 1964. Trotzdem ist es fast unumstritten, daß die Regierung Frei große Leistungen vollbracht hat und daß im Falle einer möglichen Wiederwahl Eduardo Frei des überwältigenden Votums seines Volkes sicher gewesen wäre.

Die Ursachen der christlich-demokratischen Niederlage

In den Leistungen und dem Ansehen der Regierung Frei kann die Ursache für die Niederlage des christlich-demokratischen Kandidaten Radomiro Tomic nicht gesucht werden. Die Gründe sind komplexer.

Auf den ersten Grund wurde bereits hingewiesen. Trotz der hohen Popularität Freis ist der Glaube an den von ihm verfolgten Weg demokratischer Reformen gesunken. Frei ist persönlich hochangesehen, nicht aber das von ihm vertretene System und auch nicht seine Partei. Für die Massen ist der Fortschritt zu langsam, *extreme* Positionen, seien sie links oder rechts, locken eher. Gleichzeitig hat die Politik Freis zu einer weiteren Emanzipation der Unterschichten beigetragen, die Zahl der abgegebenen Stimmen hat sich bei leicht rückläufiger Wahlbeteiligung gegenüber 1964 erneut erheblich vermehrt. Die Unruhe und Ungeduld gerade dieser neu zu den Urnen gegangenen Wähler mußte die Flügel eher begünstigen als das Zentrum. Sehr vereinfacht ausgedrückt: Die Ruhe und Ordnung versprechende Vaterfigur Alessandris und der antikapitalistische und antiamerikanische Marxistenführer Allende waren jeweils attraktiver als der nicht eindeutig einzuordnende Kandidat der PDC, Tomic.

Trotzdem ist damit nicht das Wahlergebnis erklärt, ein Wahlergebnis, bei dem derjenige Kandidat gewann, der als einziger auch schon 1964 kandidiert hatte, damals aber relativ mit 38,9% der Stimmen gegenüber jetzt 36,3% besser abschnitt und absolut nur ca. 100 000 Stimmen dazugewann, was nur etwa 24% der Neuwähler entspricht. Die Ursachen des Sieges von Salvador Allende liegen nicht in einem Linksrutsch der chilenischen Wähler, sondern in der falschen Einschätzung der Lage durch die Rechte und die Christlichen Demokraten.

Bald nach dem Amtsantritt des Präsidenten Frei im Jahre 1965 zeigte sich, daß die Christlich-Demokratische Partei nicht so einig war, wie sie sich in den Zeiten der Opposition und des Kampfes um die Macht zeigte. Frei berief als seine Mitarbeiter vor allem Angehörige der altbewährten und politisch gemäßigten Parteiführung, der Führer des linken Flügels und langjährige Gegenpol zu Frei, Senator Radomiro Tomic, ging dagegen als Botschafter nach Washington. Damit war er zwar der unmittelbaren Auseinandersetzung entrückt, verlor jedoch die bis dahin von ihm ausgeübte unmittelbare Führung über die Parteijugend und den linken Flügel. Dieser rührte sich ziemlich

bald, zumal er in der Parteiführung infolge des Überwechselns vieler bisheriger Vorstandsmitglieder in die Regierung mehr Einfluß gewinnen konnte. In der sich vollziehenden Flügelbildung kam die zuletzt auf dem Parteitag 1959 offenkundig gewordene Dreigliederung der Partei (vgl. dazu *N. Lechner*, S. 116 ff.) erneut zum Vorschein. Damals waren sich die Gruppe Frei, die das Programm einer oppositionellen, aber betont antikommunistischen Massenpartei vertrat, die Gruppe *J. Castillo* mit der vor allem von der Parteijugend unterstützten Idee einer monolithischen Partei der „dritten Position“ und die „Generation 47“, die die Konzeption einer an die Sozialisten und Kommunisten angelehnten Klassenpartei vertrat, gegenübergestanden. Frei hatte sich damals durchgesetzt, die ideologischen Fragen traten in der Folge zurück und wahltaktische Gesichtspunkte in den Vordergrund. Nun aber lebten die Flügel wieder auf: die „oficialistas“, gebildet von der Mehrheit der Parlamentarier, Regierungs- und Parteifunktionäre, unterstützten die Politik Freis, die „terceristas“ unter *Parra*, *Castillo* und *Fuentealba* verstanden die Partei als Instrument, die Regierung durch eine kritische Distanz vor den Versuchungen der Macht und des Verrats der Prinzipien zu bewahren, die „rebel-des“ bildeten den sozialistischen Flügel. Die Flügelbildung hatte zwar, wie bereits erwähnt, fast keinen Einfluß auf Regierungsarbeit und Parlamentsentscheidungen, da hier Frei sich jeweils durchsetzen konnte, sie hatte aber einen höchst nachteiligen Effekt auf das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit. Diese nahm übel, daß der Präsident durch seine eigene Partei am Regieren gestört zu sein schien und daß sich von einem Konvent zum anderen die Partei mehr zerstritt. Diese Auseinandersetzungen führten auch dazu, daß kein einheitliches Bild vom Willen der Partei entstand, sondern der Eindruck in verschiedene Richtungen auseinanderstrebender Fraktionen. Bei den Gemeinderatswahlen 1967 und den Parlamentswahlen 1969 kehrte darum ein Teil der zur PDC übergegangenen rechten Wähler zur neuentstandenen rechtsgerichteten Nationalpartei zurück, die Linke konnte langsam auch parlamentarisch den bei den Präsidentschaftswahlen 1964 gewonnenen Boden absichern, während die PDC auf ihre Stammwählerschaft von ca. 30% zurückfiel (1969: Nationalpartei 20,9%, Radikale 13,4%, PDC 31,1%, Linksfront 31,7%).

Die Wahlniederlage vom März 1969 führte zu heftigen *innerparteilichen Kämpfen*. Die Linke wollte ein Zusammengehen mit der Volksfront, dagegen setzten die „oficialistas“ mit 233:215 Stimmen die Wahl eines eigenen Kandidaten durch. Daraufhin spalteten sich die „rebel-des“, die eine antikapitalistische Politik und die Zusammenarbeit mit der Volksfront gefordert hatten, von der PDC ab und gründeten die MAPU (Bewegung für eine einheitliche Volksfront), die dann später die Kandidatur Allendes unterstützte. Der Auszug der Gruppe unter *Gumucio*, *Jerez* und *Chonchol* war weniger wegen seiner zahlenmäßigen Stärke bedeutsam, als wegen des politischen Gewichts der Ausgetretenen, die vor allem fast völlig die studentische Jugend mit sich zogen. Die Abspaltung bewirkte einen Schock, der unmittelbarer Anlaß zur Nominierung von *Radomiro Tomic R.* am 15. August 1969 zum Präsidentschaftskandidaten war. Mit seiner Kandidatur hofften die „terceristas“, die Linke wieder zurückzugewinnen, eine Fehlrechnung, wie sich später zeigte. Frei hatte ursprünglich den als Innenminister nicht besonders glücklich agierenden gemäßigten *Bernardo*

Leighton als Präsidentschaftskandidaten begünstigt, weil dieser für die Rechte akzeptabel gewesen wäre und gegebenenfalls die Kandidatur *Alessandris* vermieden hätte. Damit setzte er sich in der aufgeschreckten Partei nicht durch.

Die Anhänger der Kandidatur *Tomics* hatten allerdings ursprünglich auch keinen *Alleingang* wagen wollen, sondern hofften, wenigstens die Kommunisten für diese Kandidatur gewinnen zu können. *Tomic* selbst machte seine Zustimmung ursprünglich von einer Vereinbarung von dieser Koalition abhängig (vgl. *H. Fröhling*, Chile vor den Präsidentschaftswahlen, in: Vierteljahresberichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 40, Juni 1970, S. 208). Schließlich verzichtete er darauf, um eine erneute Spaltung der PDC zu vermeiden. Das Ergebnis war schließlich der „eigene Weg“ (*camino propio*). Da *Tomics* eigentliche Freunde die Partei verlassen hatten, hatte er zunächst in seiner eigenen Partei wenig Anhang, auch der Präsident unterstützte ihn erst, als er gegenüber dem rechten Flügel einlenkte. So war *Tomic* ein Kandidat, der von der Rechten als halber Kommunist und von der Linken als abtrünniger Opportunist angesehen wurde. Seine Zugeständnisse gegenüber den „oficialistas“ machten die Verhandlungen mit den Kommunisten schließlich zunichte (*H. Fröhling*, a. a. O., S. 208, Anm. 12 irrt, wenn er die Erklärungen der Linken im August 1969 bereits als definitive Ablehnung einer Koalition mit *Tomic* bezeichnet), worauf die Linke relativ spät zum Jahresanfang 1970 in einem langwierigen Prozeß sich schließlich wieder auf den Sozialisten *Allende* einigte, der ihr wegen seiner Bekanntheit als mehrmaliger Präsidentschaftskandidat in den bevorstehenden Wahlen die meisten Chancen zu haben schien.

Tomic hatte zunächst das Handikap, unter den drei Kandidaten am wenigsten bekannt zu sein. Dies versuchte er durch eine recht frühe und umfassende Kampagne auszugleichen. Schwerer wog der Umstand, daß er in seiner Profilierung recht verschwommen war (vgl. auch *Preguntas a las candidaturas presidenciales*, „Mensaje“, August 1970, S. 354). Er forderte eine neue „soziale Volkswirtschaft“ und wandte sich gegen den herrschenden Neokapitalismus, er sprach von der umfassenden Partizipation des Volkes und davon, daß die jetzige Regierung die letzte sei, die die etablierte Ordnung anwende. In der Konkretisierung dieser allgemeinen Redewendungen blieb er aber dann doch dabei, daß es letztlich darum gehe, die von Frei begonnenen Maßnahmen, wie z. B. Agrarreform, Steuerreform, Sozialversicherungsreform, Integration aller Schichten, bessere Einkommensverteilung, mehr Bildungschancen für die Armen und wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit vor allem von den USA, tatkräftig fortzuführen. So blieb *Tomic* ein unbestimmt schillernder Kandidat, ein Kandidat vor allem, dem die Polarisierung der Entscheidung nicht gelang.

Eine Polarisierung erhofften allerdings vergeblich auch die Rechten mit *Alessandri*. Der Name allein schien ihnen schon einige hunderttausend Stimmen wert, und tatsächlich zeigten die — allerdings wohl unzuverlässigen — Meinungsumfragen im Herbst 1969 *Alessandri* klar in Führung. Von dieser Popularität bröckelte im Wahlkampf allerdings einiges ab, zumal sich sein Alter von 73 Jahren doch negativ bemerkbar machte und sein Programm der Erhaltung der moralischen Werte und des Respekts vor der Autorität („Mensaje“, a. a. O., S. 364) wenig dazu beitrug, die Behauptung der Gegner, daß „die Mumien wie-

derkämen“ (in Abwandlung des offiziellen Slogans „Alessandri kommt wieder“), zu widerlegen.

Im Frühjahr 1970 war es offenkundig, daß die Hoffnungen der Alessandristen und der PDC nicht in Erfüllung gehen würden. Offenbar waren aber die Fronten nunmehr schon so verhärtet, daß sich keine Chance mehr zu einer Demission der Kandidaten Alessandri und Tomic bot, die Platz für einen neuen gemeinsamen Kandidaten gemacht hätte. Davon war noch im Februar hinter den Parteikulissen heftig die Rede. Aber auch die bei den Anhängern Tomics gepflegte Hoffnung einer möglichen Aufweichung der linken Volksfront wurde enttäuscht, zumal Allende in den Meinungsumfragen bereits im Frühjahr eine beträchtliche Stärke zeigte. So ging das Rennen weiter, der Ausgang blieb offen, und nur wenige Prozent mußten entscheiden. Die Folge war ein für ein Entwicklungsland wie Chile unverantwortlich kostspieliger Wahlkampf, in dem jede Partei alles in die Waagschale warf.

Das Wahlergebnis

Das Ergebnis ist entsprechend knapp ausgefallen. Es zeigt allerdings für den Kenner chilenischer *Wahlgeographie* keine Überraschungen. Zwar scheint das Persönlichkeitsmoment bei Präsidentschaftswahlen in Chile außerordentlich groß, aber doch wiederum nicht so groß, daß sich die traditionellen Wählerblöcke völlig auflösen. Es ergeben sich sogar bemerkenswerte Annäherungen zwischen den Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen. Und bemerkenswerterweise haben sich auch durch die Zunahme der Wahlberechtigten und Wähler keine allzu großen Verschiebungen ergeben. (Ohne Vorliegen verlässlicher sozialempirischer Untersuchungen lassen sich hierüber allerdings keine verlässlichen Aussagen machen. Vgl. die gegenteilige Meinung bei *Nohlen*, a. a. O., S. 34.)

Alessandri hatte entsprechend den Erwartungen einen überdurchschnittlichen Anteil an Frauenstimmen (die in Chile getrennt ausgezählt werden). Seine regionale Stärke lag im Süden und im Zentrum sowie in der Hauptstadt Santiago. Das letztere erklärt, warum ihm in den Meinungsfragen und von außenstehenden Beobachtern die größten Chancen eingeräumt wurden, da beide Quellen sich meist an der Hauptstadt orientieren. Allende gewann vor allem die Männer (41,66 %) und die Mehrheit in den Bergbaugebieten des Nordens, des Zentrums und im Industriegebiet von Concepción. Tomic konnte dagegen im Vergleich zu Frei nur einen geringen Überschuß an Frauenstimmen (29,88 %) gewinnen und sich nur in einer Provinz, in Valparaiso, durchsetzen. Dort war er viele Jahre lang Senator gewesen, was zeigt, daß sein mangelnder Bekanntheitsgrad in den anderen Provinzen offenbar bis zuletzt für ihn ein Handikap blieb.

Der Sieger *Salvador Allende Gossens* ist nur ein relativer Sieger, sein Sieg bedeutet keinen Linksrutsch der Wählerschaft, sondern genau besehen hat sich sogar eine Schwächung der Linken ergeben. Er siegte somit aufgrund der schweren Fehler seiner Gegner.

Da sich der Kandidat der PDC, Tomic, bereits für Allendes Wahl im Kongreß erklärt hat („*Le Monde*“, 8. 9. 70), war seine Wahl am 24. Oktober 1970 zum neuen Präsidenten Chiles bald gesichert. Aber nur mit der Unterstützung des linken Flügels der PDC kann sich Allende auch nachher einigermaßen durchsetzen. Von der am 4. November in Kraft tretenden Möglichkeit der Parla-

mentsauflösung dürfte er angesichts des Wahlergebnisses wohl kaum Gebrauch machen. Auch wegen der möglichen Putschabsichten in den Reihen des Militärs wird er die Verbreiterung seiner parlamentarischen Basis suchen müssen.

Zudem darf nicht übersehen werden, daß die ihn stützende Parteikoalition ein recht brüchiges Gebilde ist. In seiner eigenen Partei gibt es erhebliche Gegenkräfte (*H. Fröhling*, a. a. O.). Er selbst gehört dort zum gemäßigten, legalistischen, d. h. verfassungstreuen Flügel, während die Mehrheit zur sozialistischen Revolution drängt. Die Radikalen, die Sozialdemokraten und die Unabhängige Volksaktion (API) sind wohl vornehmlich nur an Posten und Pfründen interessiert, aber wenig verlässlich. Die ideologischen Technokraten der linkschristlichen MAPU können wertvolle Fachkräfte für die Verwaltung stellen, sind aber politisch sehr schwach. So werden die Kommunisten den maßgeblichen Einfluß auf die Regierung ausüben, zumal sie die bestorganisierte Partei des Landes sind und über den Unterbau der von ihnen geführten Industrie- und Bergarbeitergewerkschaften verfügen. Die Beobachter stimmen überein („*Neue Zürcher Zeitung*“, 19. 9. 70), daß es den Kommunisten, die absolut moskautreu sind, darauf ankommen wird, zunächst eine verfassungsgemäße Entwicklung einzuleiten und politische Risiken und Unruhen zu vermeiden. Ihr Ziel dürfte eine langfristige Durchdringung des Staatsapparates sein.

Selbst wenn diese Prognose in Erfüllung gehen sollte, bleiben zahlreiche Unbekannte. Kann das Land, das in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche westliche Auslandshilfe erhielt, auch in Zukunft damit rechnen? Wird die Sowjetunion gegebenenfalls in die Lücke treten? Haben die linken Parteien die Unterschicht so fest in der Hand, daß sie deren „*Revolution der steigenden Erwartungen*“ abbremsen können? Wird Allende in der Lage sein, ein wirklich kohärentes Programm sozialistischer Entwicklungspolitik zu entwerfen, worauf er im Wahlkampf verzichtete?

Die neuen Aufgaben der Christlichen Demokraten

Es bleibt letztlich die entscheidende Frage, wie sich die Christliche Demokratie Chiles den kommenden Entwicklungen stellt, ob es ihr gelingt, ihre Einheit zu wahren und in einer permanenten oder fallweisen Unterstützung der Volksfront diese wirksam zur Einhaltung der demokratischen Staatsordnung und zur Vermeidung einer sozialistischen Diktatur zu zwingen, oder ob sie den zentrifugalen Kräften nachgibt und sich erneut spaltet. Damit wäre entweder der Volksfront Tür und Tor geöffnet, oder das Land müßte durch die Polarisierung rechts-links in unabsehbare innenpolitische Auseinandersetzungen gestürzt werden. So liegt es an der Christlichen Demokratie Chiles, das Schiff auf dem richtigen Kurs zu halten und damit gleichzeitig die Chance zu wahren, 1976 mit Frei an die Macht zurückzukehren. Würde diese Bewährungsprobe bestanden, würde dies gleichzeitig die endgültige Überwindung der liberalen Oligarchie und die Sicherung einer Demokratie lateinamerikanischer Prägung bedeuten. Man wird zugeben müssen, daß nicht allzuviel dafür spricht, daß diese Chance erfolgreich wahrgenommen wird. Die bisherigen Streitigkeiten, die Rivalität zwischen Frei und Tomic und die Neigung zu ideologischen Spekulationen sind dafür schwere Belastungen.